

Aus:

FRANZ WALTER

Gelb oder Grün?

Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland

April 2010, 148 Seiten, kart., 14,80 €, ISBN 978-3-8376-1505-0

In den letzten Jahren war viel von der Krise der Volksparteien die Rede. Den Nutzen hieraus zogen unzweifelhaft die Parteien der besserverdienenden Mitte: die FDP hier, die Grünen dort. Aber wie stabil ist die Hausse der beiden Parteien? Was verbindet ihre Anhänger, was trennt sie – sozial, lebensweltlich und politisch? Freie Demokraten und Grüne werden im Mehrparteiensystem die entscheidenden Scharniere der Koalitionsbildung sein. Aber was bedeutet das für die Zukunft der bundesdeutschen Gesellschaft?

Franz Walter (Prof. Dr.) ist Direktor des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen.

Weitere Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/ts1505/ts1505.php

Inhalt

Vorwort | 7

I. Die Liberalen: Umfallen und aufstehen | 9

Krise im Erfolg: Unter Bismarck | 9

Illoyale Krämer und Handwerker:

DDP und DVP in der Weimarer Republik | 15

Elitäre Honoratiorenpartei oder nationale Sammlung?

Renaissance nach 1945 | 18

»Dritte Kraft«? | 22

Gebremster Sozialliberalismus | 27

Erschöpft im bürgerlichen Lager | 37

Westerwelle und die Generation @ | 42

Tabubruch als Event | 46

Wählerhaussse und Frauendefizit | 52

Partei ohne Balance | 60

Absturz des winning team | 63

II. Die Grünen: Partei der angepassten Unangepassten | 71

Segen der Erde: Anfänge | 71

Alternativmilieu zwischen Brokdorf und Mutlangen | 73

Aufstieg und Integration | 77

Rot-Grün | 84

Als wäre die Vergangenheit nie vergangen.

Symbole und Sentimentalitäten | 89

Neue Bürgerlichkeit | 91

Schwarz-Grün? | 95

Risiken der Wendigkeit | 110

III. Nach den Volksparteien: Chancen und Gefahren | 115

Erben der Volksparteien? | 115

Transformation der Mitte | 117

Prätentiöse Kunden, untreue Wähler | 119

IV. Grüne und Liberale. Konklusion und Ausblick | 123

In getrennten Ecken auf dem Schulhof | 123

Besserverdienende denken nicht gleich | 125

Literatur | 129

Vorwort

Vor einem Jahr erschien in diesem Verlag das Buch »Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration«. In dieser Schrift ging es in erster Linie um die Probleme von CDU/CSU und SPD. Die Publikation knüpfte an Überlegungen an, die in der Göttinger Politikwissenschaft schon seit längerer Zeit über die »Heimatlosigkeit der Politik«, den »Zerfall von Milieus und Lagern«, die zunehmende »Integrationsschwäche« einst bindender und homogenisierender Großorganisationen angestellt worden waren.

Zum Schluss dieser Veröffentlichung wurde kurz auch noch die Frage aufgeworfen, welche Alternativen zum Parteienstaat denn überhaupt existierten. Sehr optimistisch fiel die Betrachtung nicht aus.¹ In der nun hier vorliegenden Abhandlung sollen daher die Alternativen zu den kriselnden Volksparteien *innerhalb* des etablierten Parteiensystems dargestellt, analysiert und diskutiert werden, aus Gründen der Vergleichbarkeit allerdings beschränkt auf die Parteien der Mitte: die Freien Demokraten und die Grünen. Auch diesmal verfährt der Verfasser historisch; auch in diesem Fall schließt er an vorangegangene Reflexionen über die klassische Honoratiorenpartei² und das neue Bürgertum an.³

1 | Vgl. Walter, Franz: »Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration«, Bielefeld 2009, S. 107ff.

2 | Vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz: »Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel«, Darmstadt 1996.

3 | Vgl. Walter, Franz/Dürr, Tobias: »Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie

Kehrt am Ende im Herbst der Volksparteien der bereits als überholt bewertete Typus der nur schwach organisierten Honoratiorenpartei aus der Frühzeit der Industriegesellschaft im Postindustrialismus des 21. Jahrhunderts zurück? Und wie denkt, was will, wohin geht politisch die gesellschaftliche Mitte zu Beginn dieses Jahrhunderts? Vor allem: Wird die Mitte Scharnier sein, um die Integration sozial zunehmend tribalisierter Gesellschaften zu leisten?

Um solche und weitere Fragen dreht sich das Buch. Schreiben konnte ich es nur, weil ich den Rückhalt und die tägliche intellektuelle Anregung im Göttinger »Institut für Demokratieforschung« genießen darf. Imponierend ist für mich immer, mit welcher Präzision Teresa Nentwig unermüdlich an die Texte geht; so auch diesmal wieder. Sehr geholfen haben dabei ebenfalls Felix Butzlaff, Alex Hensel und Stine Harm. Ihre Überlegungen und Recherchen zum Liberalismus haben mir freundlicherweise Jens Gmeiner, Michael Lühmann, Daniela Kallinich, Louisa Opitz, Christian Werwath und Andreas Wagner zur Verfügung gestellt. Viele Anregungen zur Erhellung der grünen Geschichte verdanke ich Christoph Hoeft, Christin Leistner und Katharina Rahlf. Und mit Quellenmaterial versorgen mich seit Jahren so akkurat wie reichlich Peter Munkelt und Astrid Stroh. Sie alle wissen, wie außerordentlich dankbar ich ihnen bin.

Göttingen, im Februar 2010

die Politik in Deutschland ihren Boden verlor«, Berlin 2000, S. 23ff.; Walter, Franz: »Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert«, Köln 2006, S. 48ff.

I. Die Liberalen:

Umfallen und aufstehen

KRISE IM ERFOLG: UNTER BISMARCK

Der deutsche Liberalismus entstand als eine postrevolutionäre Erscheinung. Als er sich formierte, hatte er bereits die Erfahrung der Französischen Revolution, existierte die Erinnerung an die Schrecken des *Terreurs*, an den Umschlag in die jakobinische Diktatur, was die deutschen Liberalen prägte und sie für lange Jahrzehnte mental fixierte. Die Revolution scheuten sie, die Reform und die Evolution waren ihr Anliegen. Sie fürchteten sich vor der Herrschaft der Massen, agierten als Gegner der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts. Das Recht und die Kompetenz zur politischen Gestaltung attestierten sie allein sich selbst, den Bürgern. Das Wahlrecht, das sie anstrebten, sollte eng gebunden bleiben an Besitz und Bildung, da nur diejenigen, die darüber verfügten, aus der Perspektive der deutschen Liberalen hinreichend Sachverstand und Verantwortungsgefühl besaßen. Den besitzlosen Massen hingegen entbehrte es an Rationalität und Wissen, was sie anfällig machte für Demagogen und cäsaristische Gestalten. So jedenfalls sahen es die meisten Liberalen im Deutschland des 19. Jahrhunderts, darum: Verfechter der Demokratie waren sie nicht.¹

Als Ziel hatten sie sich vielmehr die konstitutionelle Monarchie gesetzt. Warum auch hätten sie sich eine weit radikalere Umwälzung der politisch-rechtlichen Ordnung wünschen sollen? Die liberalen Bürger waren schließlich keine gesellschaftlichen Underdogs, lebten nicht in

1 | Vgl. hierzu allgemein: Langewiesche, Dieter: »Liberalismus in Deutschland«, Frankfurt a.M. 1988.

Marginalität oder Ausgrenzung. Mindestens in ihrem lokalen Umfeld gehörten sie zum Establishment, zu den Honoratioren, gebildet, kulturell dominant, wohlhabend. Die akademisch gebildete Beamten-schaft insbesondere, die im Zentrum und an der Spitze der frühen liberalen Bewegung zwischen Baden und Königsberg platziert war, empfand auch den Staat, in dessen Dienste sie stand, keineswegs als reformunfähig. Im Gegenteil, den Staat betrachten und nutzen sie seit den antinapoleonischen Befreiungskriegen als Medium der Modernisierung. Zum einen jedenfalls. Zum anderen aber war der Staat in dieser Zeit an der Spitze feudal, was wiederum für Distanz und Kritik der Liberalen sorgte, da Autonomie und Mündigkeit gleichberechtigter bürgerlicher Individuen den Mittelpunkt ihres Wertehimmels bildeten. So begegnete der deutsche Liberalismus dem Staat von Beginn an mit Ambivalenz. Als grundsätzliches Ideal galt die selbstverantwortete bürgerliche Öffentlichkeit, aus welcher sich der Staat unbedingt herauszuhalten habe. Doch zugleich mochten die realen Liberalen im wirklichen politischen Leben die ordnende Hand, den materiellen Schutz, die subventionierende Hilfe des Staates nicht missen.² In der Praxis des deutschen Liberalismus gingen die radikalliberale Rhetorik und der Ruf nach staatlicher Protektion für den hilferufenden Mittelstand fortan verblüffend konstant zusammen.

Seit den späten 1860er Jahren kooperierte die Mehrheit der Liberalen mit Bismarck, vor allem da der Eiserne Kanzler Kriege gewann und so das Deutsche Reich begründete. Die Einheit der Deutschen Nation war den Liberalen Herzenssache, war ihnen wichtiger als alles andere. Die nationale Einheit – das trieb die Liberalen in Deutschland um, nicht die individuelle Freiheit.³ Mit Bismarck verband die Liberalen überdies der Kampf gegen die inneren »Reichsfeinde«: die Sozialdemokraten und die Katholiken. Die deutschen Liberalen waren national, antisozialistisch und antikatholisch, worin ihre Identität wurzelte; unbeugsame Verfechter des Rechts waren sie nicht. Den Ausnahmegesetzen gegen die Katholiken und die Sozialdemokraten stimmten sie mehrheitlich zu.

Allerdings spalteten sich die Liberalen in der Frage der Zusammenarbeit mit Bismarck. Ein Dreivierteljahrhundert dauerte das

2 | Vgl. Gall, Lothar: »Liberalismus und ›bürgerliche Gesellschaft‹. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland«, in: ders. (Hg.): Liberalismus, Königsstein/Taunus 1980, S. 162-186, hier: S. 167f.

3 | Vgl. hierzu auch: Biermann, Harald: »Ideologie statt Realpolitik. Klein-deutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung«, Düsseldorf 2006, S. 217ff.

Schisma des deutschen Liberalismus. Den nationalliberalen Realpolitikern und Bündnisgenossen Bismarcks stand nun der linksliberale Freisinn gegenüber. Viel bewegt hat er nicht. Die Linksliberalen waren doktrinäre Menschen: kompromisslos für den Freihandel und apodiktisch gegen jede staatliche Sozialpolitik, die sie für regierungssozialistisches Teufelszeug hielten. Da waren die nationalliberalen Rivalen volkstümlicher. So blieb das mit dem Linksliberalismus in Deutschland meist auch danach: Er war defensiv, un kreativ, ohne Zukunfts ideen, ohne Originalität.

Die einen die Büttel Bismarcks, die anderen doktrinäre Individualisten – war also der Liberalismus schon im Kaiserreich gescheitert? So wird es häufig behauptet, vor allem dann, wenn man die Liberalen nicht an ihren eigenen Maßstäben und Zielsetzungen misst, sondern ihnen aus einer geschichtsphilosophischen Konstruktion heraus historische Funktionen und Aufgaben zuteilt. Die Liberalen selbst sahen sich vor allem im Reichsgründungs Jahrzehnt als Gewinner. Ihr Lebenstraum, die Einheit Deutschlands, hatte sich erfüllt. Ein ausgefeiltes bürgerliches Rechtssystem war hergestellt. Die kapitalistische Industrie expandierte dynamisch. Bildung, Wissenschaft und Kultur waren Domänen des liberalen Bürgertums und auch außerhalb Deutschlands hoch angesehen. Die Liberalen waren zufrieden. Denn grundsätzlich andere Ziele hatten sie gar nicht angestrebt.⁴

Allerdings: Gerade da die Liberalen erfolgreich waren, gerieten sie in die Krise. Und es begann für ein Dreivierteljahrhundert der Abstieg des organisierten Liberalismus in Deutschland. Denn jetzt fehlte ihm eine zündende Idee, die auf nachwachsende Generationen hätte ausstrahlen, die diese hätte begeistern können. Die Liberalen, noch eben an der Spitze des Zeitgeists, wurden gewissermaßen konservativ, vergreisten kulturell wie personell. Da die Fragen von Nation, Recht, Individuum, Gewerbeordnung oder Versammlungs- und Pressefreiheit niemanden mehr wirklich mitrissen, wandte sich die Jugend des Bürgertums schon im Kaiserreich gelangweilt von ihnen ab, um sich fortan für etliche Jahrzehnte lieber in völkischen Verbänden zu tummeln. Der Erfolg der Liberalen hatte die Voraussetzungen ihres Bestehens selbst unterminiert. Ganz erfolgreich dürfen Parteien offensichtlich nicht sein. Sie verlieren dadurch, was einmal der Ausgangsstoff für ihre Gründung und ihre historisch begründende Legitimation gewesen war.

4 | Vgl. Nipperdey, Thomas: »Deutsche Geschichte 1866-1918«, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1993, S. 314-331 und S. 521-536.

Beschwer brachte überdies die ökonomische Depression ab 1873.⁵ Für die Liberalen brachen seither schwierige Zeiten an. Ihr Höhenflug war vorerst beendet, jetzt ging es kursorisch bergab. Der Niedergang des Liberalismus in Deutschland – und in großen Teilen Europas – begann. Pessimismus griff um sich, Zukunftsängste breiteten sich aus; Gegner und Opfer der Moderne meldeten sich zu Wort – und richteten es empört gegen die Liberalen. Ihnen wiesen sie nun die Verantwortung für den wirtschaftlichen Einbruch, für den Kollaps zahlreicher Unternehmen zu. Die wirtschaftliche Krise reaktivierte die alten Vorbehalte vor allem im gewerblichen Mittelstand gegen das liberale Wirtschaftssystem, gegen ungezügelte Märkte, gegen den Freihandel. Ein Teil des Mittelstandes ging dadurch nach rechts, weg von den Liberalen, die sie mit dem unkontrollierten Kapitalismus identifizierten, als deren Opfer sich die Krämer und Handwerksmeister fühlten. Sie schlossen sich den Konservativen an, die staatliche Hilfen versprachen, für Schutzzölle eintraten, sozialen Protektionismus betrieben. Die Mehrheit der Nationalliberalen vollzog das dann nach, rückte ebenfalls nach rechts, warf die Freihandelsprinzipien über Bord, trug Bismarcks Schutzzollpolitik seit den späten 1870er Jahren mit.⁶ Das war und blieb die Crux der Liberalen in Deutschland. Ihre wichtigste Klientel, der gewerbliche Mittelstand, wandte sich wohl gegen staatliche Sozialleistungen für die Arbeiter, aber Marktwirtschaftler waren sie dadurch nicht. Staatliche Mittelstandspolitik war stets hochwillkommen, wurde in Krisenzeiten aggressiv eingefordert. Gingen die Liberalen dabei nicht im gleichen Tempo mit, dann lief ihnen der Mittelstand von der Fahne, wechselte in das Lager der – oft extremen – Rechten über. In den 1870er Jahren zeigte sich das erstmals und wiederholte sich in den Jahrzehnten danach konstant. Der Übergang vom Liberalismus zum rechten Populismus war im bürgerlichen Deutschland lange fließend. Und das liberale Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft war oft nur ein Lippenbekenntnis, verhüllte die harte Interessen- und Subventionspolitik der Liberalen in Regierungen für ihre Klientel.

Probleme bereitete dem Liberalismus seit Mitte der 1870er Jahre aber nicht nur der gewerbliche Mittelstand. Auch die Bildungselite siedelte sich nicht mehr selbstverständlich im Lager der Liberalen an, auch sie bewegte sich in Teilen nach rechts. In Preußen orientierten

5 | Vgl. hierzu und zu den Folgen: Wehler, Hans-Ulrich: »Deutsche Gesellschaftsgeschichte«, Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 552ff.

6 | Vgl. zu Bismarcks Umgang mit den Liberalen: Gall, Lothar: »Bismarck, der weiße Revolutionär«, Frankfurt a.M. 1995, S. 490ff.

sich die Verwaltungsbeamten nun mehrheitlich an den Konservativen; für Reformen stritten sie nicht mehr. Zahlreiche Professoren gingen den Liberalen ebenfalls verloren. Die Gelehrten zogen sich in die Hörsäle und Bibliotheksräume zurück, rümpften jetzt verächtlich und indigniert die Nase über die Parteien und die Alltagspolitik.⁷

Zu all dem kam hinzu, dass sich gesellschaftlich etablierte Menschen schwerlich in die Maschinerie straff geführter Parteien oder in weltanschaulich mehr oder weniger streng geschlossene Milieus einordneten.⁸ Das macht Sinn lediglich für die Geächteten und Ausgegrenzten einer Gesellschaft, die den Schutzraum der Partei benötigen, um Isolation, Randständigkeit, Entrechtung ertragen und lindern, womöglich sogar bekämpfen zu können. Die im klassischen Sinne liberalen Bürger aber drängte es nicht in ein Milieu; nichts trieb sie in die Massenorganisation einer Partei. Sie waren Individualisten, keine Parteifunktionäre, schon weil sie auf die Autonomie des Einzelnen setzten, auf Offenheit, Pluralität und Erkenntnisgewinn durch Debatte und freies Gespräch.⁹ Doch eben diese sozial und normativ begründete Unfähigkeit, sich in einem straffen Zusammenhang zu sammeln, in der Trutzburg einer organisierten Eigenwelt, machte sie zugleich fragil und kostete sie in schwierigen Zeiten immer wieder Anhänger und Wähler. Die Bindungen waren porös; und so schrumpften die Wähleranteile des Liberalismus in den Kaiserreichsjahren von 46,6 Prozent im Juli 1871 auf 25,9 Prozent im Jahr 1912.

Aufgrund des Mangels an eigener Organisationspotenz wurden die Liberalen immer anfälliger für die Einflussnahme der Interessenverbände. Als Honoratiorenpartei fehlten ihnen Organisationen, Mitglieder und Beiträge, um einen modernen Wahlkampf zu führen und sich gegen die besser gerüsteten Sozialdemokraten, Konservativen und die Zentrumsparterie behaupten zu können. Die Liberalen waren daher angewiesen auf die materiellen Ressourcen und die organisatorische Infrastruktur der Verbände. Liberal aber waren diese Verbände nicht.

7 | Vgl. Hettling, Manfred: »Politische Bürgerlichkeit. Der Bürger zwischen Individualität und Vergesellschaftung in Deutschland und der Schweiz von 1860 bis 1918«, Göttingen 1999, S. 244f.

8 | Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: »Deutsche Gesellschaftsgeschichte«, Bd. 3, S. 868f.

9 | Vgl. Biermann, Harald: »Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Die Nationalliberalen in der Bismarckzeit«, in: Gall, Lothar (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel, Paderborn/München/Wien 2003, S. 127-150; Nipperdey, Thomas: »Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918«, Düsseldorf 1961, S. 48ff.

Der »Zentralverband deutscher Industrieller« unterstützte die Freikonservativen so gut wie die Liberalen. Und der »Bund der Landwirte« war überwiegend ein Propagandainstrument der Konservativen, ein Werkzeug der Großgrundbesitzer.¹⁰ Aber in Hessen und Hannover orchestrierte er die Nationalliberalen. Dort wanderten die Liberalen dadurch noch weiter nach rechts, wurden noch agrarischer, offen selbst für völkische, deutschnationale, ja antisemitische Stimmungen. Das grub sich tief in den Nationalliberalismus dieser Landschaften ein, hielt sich über Jahrzehnte hinweg, dauerte bis in die späten 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts an.

Unter dem Druck der Krise erneuerten sich allerdings die Linksliberalen. Sie suchten nun das Bündnis mit der reformistischen Arbeiterbewegung, akzeptierten jetzt die staatliche Sozialpolitik. Die Linksliberalen wurden unter der Flagge des protestantischen Pfarrers Friedrich Naumann am Ende des Kaiserreichs Sozialliberale.¹¹ Auf Naumann bezogen sich auch alle anderen sozialliberalen Renaissanceen im Liberalismus. Dabei spielte Naumann auf der großen Bühne der Politik nie einflussreich mit. Auch zu seinen Lebzeiten faszinierte sein Projekt lediglich ein paar Hundert junger Bildungsbürger. Die breiten Mittelschichten blieben auf weitem Abstand. Naumanns Partei, die »Freisinnige Vereinigung«, erreichte 1907 infolgedessen nur 3,2 Prozent der Stimmen. Überdies: Naumann war ein Sozialimperialist. Das Geld, das die teure Sozialgesetzgebung kostete, wollte er aus den Kolonien holen.¹² Aktive Weltpolitik sollte das industrielle Wachstum forcieren, das nötig war, um Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

10 | Vgl. Ullmann, Hans-Peter: »Interessenverbände in Deutschland«, Frankfurt a.M. 1988.

11 | Vgl. Krey, Ursula: »Der Naumann-Kreis. Charisma und Emanzipation«, in: Bruch, Rüdiger vom (Hg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin/New York 2000, S. 115-147.

12 | Vgl. Theiner, Peter: »Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919)«, Baden-Baden 1983; Conze, Werner: »Friedrich Naumann. Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895-1903)«, in: Hubatsch, Walther (Hg.): Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Beiträge zur geschichtlichen Deutung der letzten 150 Jahre. Festschrift für Siegfried A. Kaehler, Düsseldorf 1950, S. 355-386.